

Wahlprüfsteine – Geschlechtergerechtigkeit für Bonn (Kommunalwahl 2025)

Auswahl und schwerpunktmäßige Zusammenfassung der Antworten zu einzelnen Fragen.

Die vollständigen Antwortschreiben der Parteien stehen auf der Website der Kampagne GABO - Gleichstellungsausschuss für Bonn) als PDF-Download zur Verfügung. <https://gabobonn.de/kampagne/>

1. Stadtpolitik und Verwaltung

Die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene wurde 2007 von der Stadt Bonn unterzeichnet. Hat Ihre Partei einen Aktionsplan zur Umsetzung?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir unterstützen die Ziele der Charta und setzen uns auf kommunaler Ebene für ihre Umsetzung ein. Dabei arbeiten wir auf verbindliche Maßnahmen wie Gender Budgeting, gleichstellungs-politische Berichte und ausreichende Ressourcen für die Gleichstellungsstelle hin.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Als Oberbürgermeister werde ich darauf achten, dass Gleichstellung bei allen Entscheidungen mitgedacht und mitgeplant wird – nicht nur in der Personalpolitik, sondern auch bei Themen wie Stadtentwicklung, Mobilität und Haushalt. Die Gleichstellungsstelle werde ich stärken und eng in strategische Prozesse einbinden.	Die Linke Bonn bekennt sich zur Europäischen Gleichstellungscharta und begrüßt für ihre Umsetzung auf kommunaler Ebene einen Aktionsplan, der nicht in Erklärungen stecken bleibt, sondern in allen städtischen Bereichen konkrete Maßnahmen auslöst – von der Personalentwicklung bis zur Bauplanung. Ein Papiertiger muss unbedingt vermieden werden: Wir fordern, von vornherein konkrete Maßnahmen zu entwickeln.	Volt setzt sich auf allen politischen Ebenen für die Umsetzung internationaler Gleichstellungsstandards ein. Ein konkreter Aktionsplan auf kommunaler Ebene soll durch kontinuierliches Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in der Stadt Bonn ergänzt werden.

Setzt Ihre Partei sich dafür ein, dass in Bonn ein Gleichstellungsausschuss eingesetzt wird?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Ja, wir unterstützen ausdrücklich einen Gleichstellungsausschuss im Rat	Nach sorgfältiger Abwägung teilen wir Ihnen jedoch mit, dass wir die Einrichtung	Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe – welche auf allen Entschei-	Gleichstellungspolitik darf nicht ausgelagert werden. Wir betrachten sie als Quer-	Ja, die Erfahrungen aus Köln haben gezeigt, dass ein eigener thematischer

<p>der Stadt Bonn. Die Umsetzung wird Teil der Koalitionsverhandlungen sein.</p>	<p>eines zusätzlichen Gleichstellungsausschusses auf kommunaler Ebene in der derzeitigen Situation nicht befürworten.</p> <p>Bonn betreibt bereits heute eine aktive und fundierte Gleichstellungspolitik – sowohl intern in der Verwaltung als auch extern in Kooperation mit der Stadtgesellschaft. Unsere Gleichstellungsstelle leistet hier – über die Verwaltungsgrenzen hinaus – eine engagierte und anerkannte Arbeit, insbesondere im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Frauenhäusern, Beratungsstellen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.</p> <p>Zudem gilt es, in Zeiten eines äußerst angespannten städtischen Haushalts verantwortungsbewusst mit finanziellen und personellen Ressourcen umzugehen. Ein zusätzlicher Ausschuss würde unweigerlich weitere Mittel binden – Ressourcen, die derzeit an anderen Stellen dringender gebraucht werden. Es ist uns wichtig, Gleichstellung nicht auf neue Strukturen zu begrenzen, sondern diese in alle bestehenden Gremien konsequent mitzudenken und dort zu verankern.</p>	<p>dungsebenen eine wichtige Rolle spielen muss. Ob ein Gleichstellungsausschuss der Sache dienlich ist, hängt stark von Erwartungen, Aufgaben und Kompetenzen ab. Es sollte geprüft werden, ob ein zusätzlicher Ausschuss der beste Weg ist, um die Gleichstellung der Geschlechter in Bonn zu fördern</p>	<p>schnittsaufgabe aller Politikbereiche. Die Forderung nach einem Gleichstellungsausschuss bewerten wir differenziert. Ein Gremium alleine ist keine Garantie für eine ernsthafte und tatsächlich in der ganzen erforderlichen Breite wirksame Gleichstellungspolitik. Bei städtischen Beiräten und Unterausschüssen haben wir schon mehrfach erlebt, dass die Forderung nach eigenständigen Gremien dann in der Praxis leergelaufen ist. Das muss beim Thema Gleichstellung unbedingt vermieden werden.</p> <p>Wir setzen uns grundsätzlich für paritätisch besetzte Gremien sowie für paritätisch besetzte Wahlvorschlagslisten ein und leben dies auch in unserer Arbeit. Wir werden auch einem Gleichstellungsausschuss nicht entgegenstehen und diesen im Fall der Einrichtung vielmehr dabei unterstützen, möglichst große Wirkmächtigkeit zu entfalten. Das ist ein Ziel, das schwieriger zu erreichen ist, als die bloße Gremieneinrichtung und hieran wollen wir gerne mit allen Interessierten arbeiten</p>	<p>Fachausschuss einen großen Mehrwert bringt. Ob aufgrund der Stadtgröße für Bonn ein Unterausschuss oder ein Ausschuss zielführender ist, muss geprüft werden.</p>
--	---	---	--	--

Was plant Ihre Partei zur Umsetzung von Gender Mainstreaming in Bonn?**Was wird Ihre Partei tun, um bereits bei Planung und Umsetzung von Maßnahmen Geschlechtergerechtigkeit als Ziel zu integrieren?**

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Gender Mainstreaming ist entscheidend für eine gute Gestaltung unserer Stadt für alle Menschen. Wir fordern, dass Gender Mainstreaming bei allen Planungsprozessen berücksichtigt wird. Wir setzen uns für Schulungen in der Verwaltung und bei städtischen Tochterunternehmen ein.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Gender Mainstreaming muss zur Selbstverständlichkeit in allen Verwaltungsbereichen werden.	Die Linke Bonn steht für eine feministische, gerechte, intersektionale Stadtpolitik. Wir wollen Gleichstellung nicht nur in Form eines Gremiums, sondern als konkrete Veränderung in Machtverhältnissen, Ressourcenverteilung und öffentlicher Sichtbarkeit – für eine Stadt, in der FLINTA, queere Personen und alle Marginalisierten selbstbestimmt leben können.	Wir versuchen alle Vorlagen auch hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit zu prüfen – ob beim öffentlichen Sportangebot, hinsichtlich von potenziellen Profiteur*innen einer Maßnahme, Elternbeiträgen, Fördermittelvergaben (sofern politisch zu beschließen), Platzgestaltungen, öffentlichen Toiletten, Unterführungen und mehr.

Wie setzt sich Ihre Partei für eine paritätische Besetzung des Stadtrates, der städtischen Kommissionen, Jurys, Beiräte etc. ein? Welche Schritte unternimmt Ihre Partei, um Mandatsträger*innen mit familiären Verpflichtungen die Teilnahme an Sitzungen zu ermöglichen?

Wir achten bei eigenen Nominierungen auf Parität und fordern dies auch bei Beiräten, Kommissionen und Jurys. Wir setzen uns für familienfreundliche Sitzungszeiten, hybride Formate und Kinderbetreuung bei politischen Sitzungen ein.	Wir als CDU-Fraktion setzen uns für Gleichstellung in allen Lebensbereichen ein. Das zeigt sich auch konkret: In der Führung der Stadtverwaltung liegt der Frauenanteil aktuell bei rund 49 % – ein Wert, der Ausdruck unseres kontinuierlichen Engagements für chancengerechte Teilhabe ist. Die Aufstellung und	Parität ist für mich ein klares Ziel und die unterschiedlichen Wege zur Besetzung von Gremien werden angepasste Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzung benötigen.	Gleichstellung konkret in die Verwaltung bringen Wir fordern: <ul style="list-style-type: none"> • eine paritätische Besetzung von Aufsichtsräten, Kommissionen und Gremien • geschlechtergerechte Sprache in allen Verwaltungsdokumenten • Regelberichterstattung der Verwaltung zur Geschlechterwirkung 	Volt strebt auf kommunaler Ebene Parität in Ausschüssen, Beiräten und Jurys an. Dazu gehören interne Quotenregelungen und gezielte Nachwuchsförderung für FLINTA*-Personen. Als Fraktion haben wir keine festen Quoten, achten aber bei der Besetzung der Ratsliste auf eine streng paritätische Geschlechterverteilung. Eine vollständige Parität auf allen anderen
---	--	--	---	--

	<p>regelmäßige Fortschreibung eines Gleichstellungsplans, die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Integration gleichstellungspolitischer Aspekte in bestehende Ausschüsse und Entscheidungsprozesse belegen, dass wir Gleichstellung nicht isoliert, sondern als Querschnittsaufgabe begreifen.</p>		<ul style="list-style-type: none"> ihres Handelns • verbindliche Diversity- und Gleichstellungs- klauseln in den Satzungen städtischer Gesellschaften • Schulungen für Verwaltungsmitarbeitende in geschlechtsspezifischer Diskriminierung, Anti- sexismus, Antirassismus und Queersensibilität • den Aufbau einer unabhängigen Beschwerdestelle bei Diskriminierungserfahrungen 	<p>Ebenen streben wir an. Volt setzt sich für hybride und familienfreundliche Sitzungsformate ein und hat hierzu auch ein Pilotprojekt in Bonn initiiert, das 2026 erstmals in die Umsetzung kommen wird. Sitzungstermine sollen planbar und möglichst familienfreundlich und Kinderbetreuung während der Sitzungen durch die Stadt finanziell abgesichert sein. In der aktuellen Ratsperiode hat die Volt-Fraktion einen wissenschaftlich unterstützten und fraktionsübergreifenden Prozess angestoßen, durch den mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Ehrenamt und Beruf identifiziert wurden. Des Weiteren versuchen wir eine Kultur zu leben, die Gleichstellung durch Empathie fördert.</p>
--	---	--	--	--

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um in der nächsten Legislaturperiode Gender Budgeting einzuführen und umzusetzen?

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir wollen Gender Budgeting verbindlich in der Haushaltspolitik verankern, wie es unser Wahlprogramm vorsieht.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Ich möchte Gender Budgeting in der kommenden Ratsperiode schrittweise einführen	Wir betrachten Ökonomie und Gleichstellung nicht getrennt, sondern als strukturell miteinander verflochten. Gender Budgeting kann dabei helfen, transparenter zu machen,	Gender Budgeting ist eine wichtige und zentrale Forderung in unserem Wahlprogramm für Bonn. Wir wollen, dass bei der Erarbeitung des Haushalts die Pläne durch entsprechende

			<p>wie sich öffentlicher Ressourceneinsatz auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und damit auch die Geschlechterverhältnisse auswirkt. Das ist ein spannender und wichtiger Ansatz. Zugleich wollen wir die Erwartungen hieran nicht zu hoch hängen. Seit vielen Jahren engagiert sich Bonn im Bereich des wirkungsorientierten Haushaltes bzw. des Nachhaltigkeitshaushaltes. Um es offen zu sagen: eine wirksame und nachhaltige Steuerung des städtischen Mitteleinsatzes wurde hierüber bisher auf der Ebene der Haushaltssystematik nicht ermöglicht. Das gilt es bei aller Aufgeschlossenheit für den Ansatz realistisch einzuschätzen. In der Sache ist für uns aber klar, dass eine echte Umverteilung von Ressourcen hin zu jenen, die bislang zu wenig bekommen – besonders auch FLINTA, queeren Personen, Migrant*innen und Alleinerziehenden angesagt ist und dafür braucht es mehr Transparenz über die Auswirkungen kommunaler Geldflüsse.</p>	<p>de Expert*innen auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern untersucht und gezielte Maßnahmen entwickelt werden, um Ungleichheiten abzubauen und eine gerechtere Verteilung von Ressourcen zu erreichen.</p>
--	--	--	--	--

Was möchte Ihre Partei tun, um die ILO-Kernarbeitsnormen in die Ausschreibungen und Förderungen der Stadt Bonn zu

integrieren, damit Geschlechtergerechtigkeit und soziale Belange besser berücksichtigt werden können?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir befürworten die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen als Voraussetzung für städtische Ausschreibungen und fördern sozial-ökologische Vergabekriterien.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Ich setze mich dafür ein, dass die Einhaltung von ILO-Normen, Gleichstellung und soziale Standards fester Bestandteil städtischer Ausschreibungen werden		Volt befürwortet die Verankerung sozialer Mindeststandards in allen kommunalen Vergabeprozessen. ILO-Normen und Gleichstellungsaspekte sollen verpflichtende Bestandteile sein.
In der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Bonn werden im Themenfeld „Gesellschaftliche Teilhabe und Gender“ zwei operative Ziele zu Geschlechtergerechtigkeit genannt, die sich vor allem auf den Bereich der Personalentwicklung in der Stadtverwaltung beziehen. Halten Sie dies für ausreichend?				
Nein. Die Fokussierung auf Personalentwicklung greift zu kurz. Geschlechtergerechtigkeit muss in allen städtischen Handlungsfeldern mitgedacht werden.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Gleichstellung darf nicht auf Personalentwicklung begrenzt sein, sondern muss weiter gedacht werden.	Zusammengefasst: Die Linke Bonn steht für eine feministische, gerechte, intersektionale Stadtpolitik. Wir wollen Gleichstellung nicht nur in Form eines Gremiums, sondern als konkrete Veränderung in Machtverhältnissen, Ressourcenverteilung und öffentlicher Sichtbarkeit – für eine Stadt, in der FLINTA, queere Personen und alle Marginalisierten selbstbestimmt leben können.	Nein. Die Strategie sollte weiterentwickelt werden. Volt Bonn fördert Bürger*innenräte, Quartiersprojekte, Barrierefreiheit, soziale Treffpunkte und inklusive Stadtentwicklung. Gleichstellung ist für Volt in diesen Bereichen eine Querschnittsaufgabe. Zu Geschlechtergerechtigkeit gehören für uns zudem auch z.B. geschlechtsneutrale öffentliche Toiletten oder Mehrgenerationenhäuser und die Bekämpfung von Armut und Einsamkeit im Alter. Armut betrifft zudem oft Frauen.

2. Stadtentwicklung/öffentlicher Raum

Was will Ihre Partei tun, um die objektive und subjektive Sicherheit von Mädchen, Frauen und queeren Personen in Bonn zu erhöhen?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
<p>Wir arbeiten kontinuierlich an der Verbesserung der Sicherheitslage in Bonn. Unser umfassendes Konzept zur Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit wurde gemeinsam mit Bürger*innen, Polizei, bonnorange und anderen Akteur*innen entwickelt. Wir setzen auf z.B. auf bessere Beleuchtung, sicheren Nahverkehr, Awareness-Konzepte, Polizei-Schulungen, den Runden Tisch Kaiserplatz und geschlechtergerechte Stadtplanung</p>	<p>Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025</p>	<p>Ich werde mich für sichere öffentliche Räume einsetzen – durch bessere Beleuchtung, mehr soziale Kontrolle und eine konsequente Umsetzung von Schutzkonzepten, etwa in Parks, auf Schulwegen und im ÖPNV. Wir brauchen außerdem stärkere Unterstützung für Fachberatungsstellen und niedrigschwellige Anlaufpunkte, auch nachts.</p>	<p>Wenn über Sicherheit im öffentlichen Raum gesprochen wird, stehen schnell „dunkle Ecken“ im Fokus – mit der Folge, dass Maßnahmen wie mehr Beleuchtung oder Videoüberwachung vorgeschlagen werden. Doch Die Linke Bonn warnt davor, hier vorschnell auf subjektive Wahrnehmung zu reagieren, statt sich auf reale, statistisch belegte Gefährdungslagen zu konzentrieren.</p> <p>Die meisten Übergriffe auf FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen) erfolgen nicht auf öffentlichen Plätzen, sondern im sozialen Nahfeld – also zu Hause, im Bekanntenkreis oder in (Aus-)Bildungs- und Arbeitskontexten. Wer Gleichstellungspolitik wirklich ernst meint, muss dort ansetzen: mit mehr Schutzplätzen, mit Beratung, mit Prävention – nicht nur mit Scheinmaßnahmen im Stadtraum. Aus dem Grund haben wir in der vergange-</p>	<p>Wir betrachten Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema. Sie muss z.B. bei der Stadtplanung, beispielsweise bei Breite von Unterführungen, Beleuchtung, etc. berücksichtigt werden. Außerdem setzen wir uns für Schutzräume ein und wollen Initiativen unterstützen, die als Anlaufstelle in Notsituationen dienen</p>

			<p>nen Wahlperiode auch durchgesetzt, dass die Mittel der Stadt für Frauenhäuser signifikant erhöht werden. Das muss beibehalten und ausgebaut werden. Dennoch: Die Sicherheit von FLINTA* muss auch im öffentlichen Raum verbessert werden. Um herauszufinden, was die konkreten Maßnahmen dafür sind, wünschen wir uns geschlechtersensible Planung und Beteiligung von FLINTA* an frühzeitigen Planungsprozessen.</p>	
--	--	--	--	--

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um mehr finanziertbaren Wohnraum, insbesondere für Alleinerziehende und Menschen mit geringem Einkommen oder kleiner Rente zu schaffen?

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Kommunale Grundstücke sollen auf der Grundlage von Konzeptaußschreibungen vergeben werden. Dabei erhält der Vorhabenträger den Zuschlag, der die in der Ausschreibung definierten Ziele in seinem Konzept am besten umsetzt. Dies sind neben dem geförderten Wohnraum und sozialer Infrastruktur auch Klimaschutz, Klimaanpassung und Nachhaltigkeit. Da die Bauflächen in Bonn äußerst begrenzt sind, müssen wir mehr in die Höhe bauen. Wir setzen uns für die bevorzug-	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Bezahlbarer Wohnraum ist ein Grundrecht. Ich setze mich dafür ein, dass die Stadt mehr Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau bereitstellt, Genossenschaften fördert und gezielt Wohnangebote für Alleinerziehende schafft – mit barrierearmen Zugängen, Kita-Nähe und sozialer Infrastruktur	Bezahlbares Wohnen ist eine der zentralen sozialen Fragen unserer Zeit – und für viele FLINTA*-Personen eine existentielle. Besonders Alleinerziehende, Rentner*innen mit kleiner Rente oder queere Menschen sind überdurchschnittlich häufig von Wohnungsnot oder Verdrängung betroffen. Die Linke Bonn fordert daher eine klare und verbindliche Sozialwohnungsquote: Möglichst 100 % der Neubauten auf städtischem Boden müssen sozial- oder	Volt Bonn fordert einen kontinuierlichen Aufbau eines kommunalen Wohnungsbestandes, der den Einwohner*innen dann bezahlbar zur Verfügung steht. Ein Umzugsbonus für Senior*innen, die sich verkleinern möchten, um größere Wohnungen und Häuser für Familien frei zu machen, und die Einrichtung eines Housing-First-Pilotprojekts für Obdachlose sind ebenfalls Ziele, für die wir uns einsetzen wollen. Der Bau von Bürofläche soll zudem an die Schaffung von

<p>te Vergabe von städtischen Grundstücken und Bauland für gemeinschaftliche Wohnformen und Genossenschaften ein.</p> <p>Wir wollen barrierefreien und sozialen Wohnraum fördern, dazu trägt u.a. das Bonner Baulandmodell als städtebauliches Instrument bei, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Ein weiteres Instrument sind Milieuschutzzsatzungen, die Bewohner*innen vor einer Verdrängung schützen.</p>			<p>preisgedämpfte Wohnungen sein, bei Bebauungsplänen auf privaten Grundstücken gilt eine Quote von 50%. Diese Regelung soll konsequent auch in zentralen und bisher hochpreisigen Stadtteilen wie der Südstadt gelten – etwa bei der Entwicklung des Ermekeil-Areals. Für uns ist soziale Durchmischung kein Lippenbekenntnis, sondern Anspruch an die städtische Planung.</p> <p>Darüber hinaus setzen wir uns für eine kommunale Bodenvorratspolitik ein: Die Stadt soll Grundstücke aufkaufen und langfristig in öffentlicher Hand halten, um selbst Einfluss auf Mieten und Wohnformen zu behalten. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft wird in ihrer sozialen Verantwortung gestärkt, unter anderem durch gezielte Wohnungsvergabe an Alleinerziehende, ältere FLINTA*-Personen und andere besonders benachteiligte Gruppen.</p>	<p>Wohnraum für Investitionsunternehmen gebunden werden. Ziel ist es, Wohnen sozial gerecht und ökologisch nachhaltig zu gestalten.</p>
--	--	--	---	---

Was hält Ihre Partei von der Umbenennung von Straßen, öffentlichen Gebäuden und Plätzen, um Frauen und queere Personen sichtbarer zu schützen?

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir unterstützen die	Keine diesbezüglichen	Bonn braucht mehr öffent-	Sichtbarkeit weiblicher und	Diese Maßnahmen begrüßen

<p>Benennung von Straßen nach Frauen und sehen darin einen wichtigen Schritt zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und zur Sichtbarmachung von Frauen in der Öffentlichkeit.</p> <p>Wir setzen uns aktiv dafür ein. Beispielsweise haben wir in Röttgen-Ückesdorf im Neubaugebiet "Am Hölder" Straßennamen nach Frauenrechtlerinnen benannt, die sich für die rechtliche Gleichstellung von Frauen eingesetzt haben. Konkret sind folgende Straßennamen zu nennen: Hedwig-Dransfeld-Straße, Frieda-Nadig-Straße, Marie-Elisabeth-Lüders-Straße. Diese Straßennamen sollen an die Leistungen dieser Frauen erinnern und ihre Beiträge zur Frauenrechtsbewegung würdigen. Die Hindenburgallee wurde auf Initiative der GRÜNEN in Elisabeth-Selbert-Allee umbenannt. Der Hindenburgplatz in Loki-Schmidt-Platz verändert.</p>	<p>Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025</p>	<p>liche Anerkennung für Frauen und queere Persönlichkeiten – in Straßennamen, Denkmalpflege und Erinnerungskultur. In meiner Verantwortung als Bürgermeister des Stadtbezirks Bonn ist es gelungen, den „Hindenburgplatz“ umzu benennen und mit dem „Loki-Schmidt-Platz“ eine Frau zu ehren, die bisher zu wenig Aufmerksamkeit erhält. Ich möchte diese Sichtbarkeit weiterhin aktiv fördern und stehe zu einem Vorrang für Frauen bei der Benennung von neuen Straßen</p>	<p>queerer Geschichte in Bonn Geschlechtergerechtigkeit beginnt auch mit Sichtbarkeit. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • mehr Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen, die nach FLINTA-Personen benannt sind • dauerhafte Absicherung von frauen- bzw. flinta- spezifischen Institutionen, z.B. Frauenmuseum Bonn • städtische Unterstützung von Vorhaben zum Thema Erinnerungskultur für queere und feministische Geschichte in Bonn (z.B. Gedenktafeln, Stadtrundgänge, digitale Archive) 	<p>wir sehr, derzeit gibt es noch zu viele Benennungen, welche nicht mit dem Wertebild von Volt kompatibel sind. Eine Ersetzung durch Namen von Frauen, queeren Personen und Menschen mit internationaler Familiengeschichte mit Bonn-Bezug sollte stärker priorisiert werden.</p>
--	--	--	--	--

3. Sexistische und sexualisierte Gewalt

Wie will sich Ihre Partei für die Zielquoten der Istanbul-Konvention (Prävention, Schaffung von Schutzplätzen, Beratungsstellen, Erfassung von geschlechtsspezifischer Gewalt) einsetzen?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
<p>Wir unterstützen alle vier Säulen der Istanbul-Konvention (Prävention, Schutz, Strafverfolgung, Daten) und fordern ihre umfassende Umsetzung.</p> <p>Wir fordern Schutzkonzepte, Awareness-Teams und sichere Räume in der Stadtentwicklung.</p> <p>Wir fordern nachhaltige Finanzierung und Ausbau der Frauenhausplätze sowie partizipative Konzepte für Selbstorganisation und Beratung: Wir werden außerdem die Bonner Frauenhausplätze sowie Frauenberatungsstellen und andere Hilfsangebote für Betroffene von häuslicher Gewalt ausbauen. Wir setzen uns für den Ausbau von Schutzplätzen für Frauen, trans* und nichtbinäre Menschen ein, die von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind. Aktuell müssen Frauenhäuser oft Frauen abweisen, weil sie keine freien Plätze mehr haben. Für trans* und</p>	<p>Auch Themen wie Gewalt gegen Frauen, deren traurige Realität wir anerkennen und denen wir entgegentreten, sind bereits Bestandteil unserer politischen Arbeit.</p> <p>Unsere Stadtverordnete Ursula Sautter setzt sich insbesondere für die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum ein – ein Beispiel dafür, dass Gleichstellung und Sicherheit Hand in Hand gedacht werden müssen.</p>	<p>Gewaltschutz ist für mich kommunale Pflichtaufgabe. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Frauenhäuser und Schutzwohnungen bedarfsgerecht ausgebaut und finanziell abgesichert werden – auch für besonders vulnerable Gruppen. Außerdem will ich mehrsprachige Beratungsangebote fördern und präventive Arbeit in Schulen, Stadtteilen und im Netz stärken.</p> <p>Die Istanbul-Konvention ist für mich verbindlicher Maßstab. Ich werde mich für einen kommunalen Umsetzungsplan einsetzen, der konkrete Quoten, Schutzangebote und Maßnahmen zur Prävention benennt. Wir brauchen: mehr Schutzplätze, eine stärkere Finanzierung von Beratungsstellen, eine städtische Koordinierungsstelle gegen geschlechtsspezifische Gewalt und eine bessere Datenerhebung, um gezielter handeln zu können. Das setze ich um, weil wir Gleichstellungspolitik ernst</p>	<p>Wir fordern einen Schutzplatz je 7.500 Einwohner*innen, flächendeckende Beratungsstellen und eine eigene städtische Koordinierungsstelle. Geschlechtsspezifische Gewalt muss systematisch erfasst und bekämpft werden – auch queerfeindliche Gewalt und Mehrfachdiskriminierung.</p> <p>Wir schaffen Schutzräume, setzen auf Prävention und wollen echte politische Verantwortung übernehmen: Für eine Stadt, in der niemand Angst haben muss, FLINTA* zu sein.</p> <p>Ein zusätzliches Frauenhaus, gesicherte Finanzierung für Einrichtungen wie TuBF, GAP, Azade und mehrsprachige Angebote sind für uns zentral. Bestehende Schutzräume müssen abgesichert, neue Empowerment-Orte geschaffen und Betroffene konsequent beteiligt werden – etwa über Queer- und Mädchenzentren.</p>	<p>Volt verpflichtet sich zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, inkl. Prävention, Schutzräumen, Beratungsangeboten und Datenerhebung. Das Bonner Programm sieht sichere öffentliche Räume, gute Beleuchtung, geschlechtergerechte Stadtplanung und Stärkung der Zivilgesellschaft vor.</p>

nichtbinäre Menschen gestaltet sich die Suche nach Schutzplätzen noch schwieriger. Wir möchten die Finanzierung der Frauenhäuser nachhaltig sichern und sie dabei unterstützen, ihre Kapazitäten insbesondere für queere und behinderte Menschen auszubauen.		nehmen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Schutzräume für Mädchen, Frauen und queere Personen gesichert finanziert werden. Für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung suche ich den Austausch mit Betroffenen.		
--	--	--	--	--

Was will Ihre Partei gegen Gewalt in der Geburtshilfe tun?

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir unterstützen Aufklärung, Beschwerdemanagement und Schulungen für Fachpersonal.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Respektvolle Geburt ist ein Menschenrecht. Ich werde mich dafür einsetzen, dass Berichte über Gewalt in der Geburtshilfe ernst genommen und aufgearbeitet werden. Dafür haben wir bereits in dieser Wahlperiode eine Hebammenambulanz eingerichtet. Dazu braucht es mehr Aufklärung in Kliniken, Beschwerdestellen und die konsequente Einbindung von Betroffenen in Qualitätsstandards. Geburt darf keine Ausnahmesituation ohne Schutz sein.	Wir wollen hebammengeleitete Kreißäle, ein städtisches Hebammenzentrum und eine Beschwerdestelle für Gewalt (auch in Kliniken). Geburt muss würdig, sicher und selbstbestimmt sein.	Volt setzt sich für die Erhebung belastbarer Daten, Schulungen im Gesundheitssystem und eine Stärkung der Patient*innenrechte ein. Außerdem unterstützen wir Geburtshäuser, um Frauen die Möglichkeit zu geben, ihr Kind außerhalb von Krankenhäusern mit der Unterstützung durch ihnen vertrauten Hebammen zur Welt zu bringen.

Was will Ihre Partei tun, damit mehr Sensibilisierungstrainings und Präventionskonzepte für Polizei und Gesundheitsfachpersonal im Umgang mit den Betroffenen von sexualisierter Gewalt durchgeführt werden?

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir fordern regelmäßige verpflichtende Schulungen zu sexualisierter Gewalt und	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben	Ich werde mich dafür einsetzen, dass städtische Einrichtungen und – in	Sensibilisierung gegen sexualisierte Gewalt, Queerfeindlichkeit und	Volt spricht sich für verbindliche Awareness-Schulungen für Polizei, Gesundheitsfach-

Diversity.	vom 2.Juli 2025	Zusammenarbeit mit Land und Bund – auch Polizei und medizinisches Personal regelmäßig Fortbildungen zu sexualisierter Gewalt, Diskriminierung und traumasensiblem Umgang erhalten.	Rassismus muss Pflicht sein – regelmäßig, verbindlich, mit Beteiligung lokaler Fachstellen.	kräfte und Verwaltungspersonal aus. Auf kommunaler Ebene sollen Sensibilisierungstrainings Teil von Fortbildungsprogrammen sein.
------------	-----------------	--	---	--

4. Kinderbetreuung, Bildung

Welche Konzepte hat ihre Partei gegen den Betreuungsnotstand und wie stellt sie sich qualifizierte und bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote in Bonn vor?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
<p>Wir setzen uns für eine bedarfsgerecht und qualitativ hochwertige Kita-Betreuung ein, die allen Kindern zugutekommt. Dazu gehören auch der Ausbau flexibler Betreuungszeiten und die Entwicklung kreativer Ansätze zur Bewältigung des Fachkräfte- mängels, um eine gute Personalausstattung in den Kitas sicherzustellen.</p> <p>Wir schaffen mehr Kita-Plätze, fördern Fachkräfte, zahlen faire Löhne und ermöglichen Teilzeit- Ausbildung. Wir arbeiten kontinuierlich am Ausbau der Betreuungsplätze. Ein aktuelles Beispiel ist die Kita Veilchenweg in Holzlar (Stadtbezirk Beuel), wo derzeit ein Um- und Ausbau stattfindet. Nach der Fertigstellung des Erweiterungs- baus beginnt nun die Sanierung des Bestands- gebäudes – ein wichtiger Schritt zur Schaffung zusätzlicher Plätze.</p>	<p>Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025</p>	<p>Für mich ist klar: gute, verlässliche Kinderbetreuung ist zentrale Daseinsfürsorge. Ich werde den Ausbau von Kita und Ganztagsplätzen beschleunigen, insbesondere in wachstumsstarken Stadtteilen. Dafür brauchen wir eine bessere Zusammenarbeit mit freien Trägern, schnellere Bauverfahren – und vor allem mehr Personal. Ich setze mich dafür ein, dass Bonn attraktive Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen schafft, inklusive Qualifizierungs- und Wohnungsangeboten.</p>	<p>Wir fordern einen flächen- deckenden Ausbau von Kitas und OGS-Plätzen mit fairer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte. Kitas und Offene Ganztags- schulen müssen gebühren- frei und inklusiv sein. Wir setzen uns für Kita-Neubauten mit quartiers- bezogenem Bedarf ein, besonders in unversorgten Stadtteilen. Kinderbetreuung ist keine Randaufgabe, sondern Grundlage für gesell- schaftliche Teilhabe – gerade für FLINTA*-Personen.</p>	<p>Volt fordert den bedarfs- gerechten Ausbau der Kitaplätze durch entspre- chende Investitionen und Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, z.B. durch attraktive Arbeits- bedingungen für pädago- gisches Personal, Unter- stützung des Ehrenamts in Kitas, Ausbau und Koopera- tion von Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen mit Kitas, praxisintegrierte Ausbildung, angemessene Bezahlung und Mini-Job- Modelle</p>

Was plant ihre Partei, um an Schulen und im Freizeitbereich mehr gegen Sexismus, Rassismus, Diskriminierung und Antifeminismus zu tun?

Wie setzt sich ihre Partei für Projekte der Aufklärung und Information an Schule zur Situation von queeren Personen ein?

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
<p>Wir setzen uns für Antidiskriminierungskonzepte und feministische Bildungsangebote ein.</p> <p>Wir fördern Aufklärungskonzepte zu LSBTIQ*, z.B. durch queere Bildungsprojekte.</p> <p>Wir unterstützen Projekte zu kritischer Männlichkeit, Care-Arbeit und feministischer Jugendarbeit.</p>	<p>Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025</p>	<p>Ich werde mich dafür einsetzen, dass städtische Einrichtungen und – in Zusammenarbeit mit Land und Bund – auch Polizei und medizinisches Personal regelmäßig Fortbildungen zu sexualisierter Gewalt, Diskriminierung und traumasensiblem Umgang erhalten.</p>	<p>Wir wollen verbindliche Antidiskriminierungsarbeit an Schulen und Jugendzentren – mit Fortbildungen für Lehrkräfte, festen Kooperationspartnern wie z.B. SCHLAU Bonn und langfristiger Finanzierung für gendersensible Bildungsarbeit. Projekte gegen Sexismus, Queerfeindlichkeit und Rassismus gehören nicht ins Projektregal, sondern in den Alltag aller Bildungseinrichtungen.</p> <p>Die Linke Bonn fordert, dass queere Themen altersgerecht und durch externe Fachstellen regelmäßig vermittelt werden. Wir wollen, dass städtische Schulen zu Schutz- und Lernräumen für alle Kinder und Jugendlichen werden, unabhängig von geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung.</p>	

5. Migration

Was planen Sie zum Empowerment von Frauen mit Migrationsgeschichte?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir fördern Migrantinnenorganisationen und interkulturelle Frauenprojekte.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Ich werde Projekte fördern, die gezielt Mädchen, Frauen und queere Menschen mit Migrationsgeschichte stärken – z. B. durch Bildungsangebote, Mentoringprogramme, Beratung in verschiedenen Sprachen und gezielte Förderung von Selbstorganisationen. Beteiligung und Empowerment müssen auf Augenhöhe geschehen – das ist für mich gelebte Gleichstellungspolitik.	<p>Wir machen migrationsbedingte Diskriminierung sichtbar – insbesondere, wenn sie intersektional mit Sexismus, Queerfeindlichkeit oder Armut verknüpft ist. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • einen Empowerment-Fonds für migrantische FLINTA-Initiativen*, z. B. für Selbstorganisationen, Community-Projekte oder Beratungsarbeit • die dauerhafte Finanzierung von Einrichtungen wie Azade oder TuBF, die spezifische Unterstützung für migrantische und queere Frauen leisten • kostenfreie, muttersprachliche Beratung in Schutzräumen und Behörden sowie einen Zugang zu psychologischer Unterstützung ohne bürokratische Hürden 	Volt hat dies nicht explizit formuliert. Wir begrüßen aber derartige Initiativen, die z.B. durch Vereine und Betroffene an die Politik herangetragen werden.

Wie unterstützen Sie Opfer von Menschenhandel?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir setzen uns für spezialisierte Beratung, Unterkünfte und Schutzmaßnahmen ein.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben	Menschenhandel ist eine schwere Menschenrechtsverletzung – wir brauchen	Betroffene von Menschenhandel brauchen Schutz, keine Abschiebung. Wir	Volt unterstützt auf kommunaler Ebene Schutzkonzepte, mehrsprachige Beratung,

	vom 2.Juli 2025	mehr Schutzhäuser, psychosoziale Betreuung und unabhängige Anlaufstellen für Betroffene. Ich werde mich für eine bessere Finanzierung spezialisierter Fachstellen einsetzen und dafür sorgen, dass Behörden und Polizei stärker sensibilisiert und vernetzt arbeiten.	fordern sichere Wohnformen, rechtliche Begleitung, Zugang zu psychosozialer Hilfe und eine klare Abgrenzung zu repressiven ausländerrechtlichen Verfahren. Dabei setzen wir auf Kooperation mit spezialisierten Beratungsstellen und auf langfristige, vertrauensbasierte Unterstützungsangebote – auch für queere Geflüchtete	Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und sichere Unterkünfte. Das Problem geht aber natürlich weit über die kommunale Ebene hinaus. Es muss alles versucht werden, um Menschenhandel weltweit zu unterbinden.
--	-----------------	---	--	---

Welche Prävention gegen Zwangsheirat planen Sie?

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir setzen auf Aufklärung, Beratungsangebote und Ansprechpersonen in Schulen und Jugendämtern.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Der Zwang zur Heirat ist ein Verbrechen, das mir alle Härte verfolgt gehört. Als Kommune sind Aufklärung, Beratung und Schutz unsere Aufgaben – das sind für mich die drei zentralen Ansätze. Ich möchte die Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendämtern und Beratungsstellen stärken und sichere Anlaufstellen für betroffene oder bedrohte junge Menschen ausbauen.	Prävention von Zwangsheiraten beginnt mit Bildung und Zugang zu Unterstützung. Deshalb wollen wir: <ul style="list-style-type: none"> • niedrigschwellige Informationsangebote an Schulen & Jugendzentren • mehrsprachige, kultursensible Präventionsarbeit in Kooperation mit FLINTA*-Organisationen • einen besser sichtbaren Notfall-Zugang zu Schutzunterkünften 	Volt unterstützt auch hier Schutzkonzepte, mehrsprachige Beratung, Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und sichere Unterkünfte. Auf kommunaler Ebene sind auch Fortbildungen von Lehrkräften und Sozialarbeiter*innen zu diesem Thema notwendig, damit Betroffenen auch im Vorfeld schon geholfen werden kann.

Wie fördern Sie Sprachkurse mit Kinderbetreuung?

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir fordern ein flächendeckendes Angebot mit Betreuungsmodellen und fördern Kooperation mit Trägern.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Ich setze mich dafür ein, dass Sprachkurse mit Kinderbetreuung zum Standard werden – denn	Wir fordern, dass alle Träger von Sprach- und Integrationskursen verpflichtet werden, Kinder-	Generell will Volt für alle Migrant*innen die Integration durch adäquate Sprachkursangebote

		<p>Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe. Die Stadt kann hier über Vergaberichtlinien und Kooperationen mit freien Trägern gezielt Einfluss nehmen. Anbieter müssen verpflichtet werden, solche Angebote niedrigschwellig, flexibel und familienfreundlich zu gestalten.</p>	<p>betreuung anzubieten, und zwar kostenlos und flexibel. Die Stadt Bonn soll Zuschüsse bereitstellen, damit diese Kurse auch für Alleinerziehende, Care-Arbeitende und prekär Beschäftigte zugänglich sind. Bildung muss als Grundrecht gelten, nicht als Privileg.</p>	<p>verbessern. Volt Bonn hat dazu allerdings bisher kein Konzept speziell für migratische Erziehungsverantwortliche ausgearbeitet.</p>
--	--	---	--	--

6. Gesundheit

Was kann nach Meinung Ihrer Partei in Bonn getan werden, um die reproduktiven Rechte von Frauen zu stärken? Welchen Bedarf sieht Ihre Partei, in Bonn einen für alle zugänglichen, wohnortnahen und diskriminierungsfreien Schwangerschafts-abbruch als Teil der medizinischen Grundversorgung zu gewährleisten?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir setzen uns für wohnortnahe, diskriminierungsfreie Schwangerschaftsabbrüche als Teil der Grundversorgung ein.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 02.Juli 2025	Reproduktive Rechte sind grundlegende Frauenrechte. Ich setze mich dafür ein, dass Schwangerenberatung, Aufklärung und medizinische Versorgung – inklusive Schwangerschaftsabbrüche – wohnortnah, diskriminierungsfrei und gut erreichbar angeboten werden. Ein sicherer und legaler Schwangerschaftsabbruch muss als Teil der medizinischen Grundversorgung selbstverständlich sein.	<p>Wir fordern: Schwangerschaftsabbrüche müssen wohnortnah, diskriminierungsfrei und kostenlos zugänglich sein – als Teil der medizinischen Grundversorgung. In Bonn gibt es bisher zu wenige Anlaufstellen, die Betroffene respektvoll und ohne Stigmatisierung behandeln. Die Linke Bonn setzt sich ein für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Einrichtung eines medizinisch versorgten Zentrums für sexuelle und reproduktive Gesundheit • die städtische Finanzierung alterner, barrierefreier Beratung • Unterstützung auf Bundesebene für die Streichung von §218 StGB – mit Modellprojekten auch in Bonn 	<p>Volt fordert auf Bundesebene diskriminierungsfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen und alterner Beratung. Kommunalpolitisch setzt sich Volt Bonn für wohnortnahe, sichere und inklusive Gesundheitsangebote ein, darunter auch für queere Personen und Frauen mit weiblicher Genitalbeschneidung (FGM).</p>

Welche Maßnahmen schlägt ihre Partei vor, um bedarfsgerecht geburtshilfliche Versorgung vor Ort zu gewährleisten				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir fordern wohnortnahe Kreißäle und bessere Hebammenversorgung in Bonn. Die Hebammen-	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Ich will den Ausbau von Geburtshäusern und Hebammenzentren unterstützen, damit jede	Wir wollen, dass Bonn Geburten wieder als selbstbestimmten und geschützten Prozess organisiert. Dafür	Die Gesundheitsversorgung insgesamt muss sichergestellt werden, liegt allerdings im Rahmen der

Ambulanz wird weiter von uns gefördert.		Frau in Bonn in individuelle, respektvolle und qualifizierte Betreuung erhält. Dafür braucht es besser finanzielle Ausstattung, Personalförderung und Vernetzung zwischen den Kliniken und den ambulanten Angeboten	fordern wir: <ul style="list-style-type: none"> die Einrichtung eines hebammegeleiteten Geburtshauses mit Kassenanbindung mehr Personal und bessere Bezahlung in der klinischen Geburtshilfe eine unabhängige Beschwerde- und Anlaufstelle bei Gewalt in der Geburt Nachsorgezentren für die Zeit nach der Geburt, auch für queere, migrantische oder belastete Familien 	Versorgung durch die Krankenhäuser nicht bei der Kommunalpolitik. Wir unterstützen außerdem Geburtshäuser, um Frauen die Möglichkeit zu geben, ihr Kind außerhalb von Krankenhäusern mit der Unterstützung durch ihnen vertraute Hebammen zur Welt zu bringen.
---	--	---	--	--

Welche Maßnahmen wird ihre Partei ergreifen, um die soziale und gesundheitliche Unterstützung von Migrant*innen, People of Color und ihren Kindern zu verbessern

Welche Pläne hat Ihre Partei, um die soziale und gesundheitliche Unterstützung von queeren Personen zu verbessern?

Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
<p>Wir fördern niedrigschwellige Angebote, muttersprachliche Beratung und interkulturelle Öffnung der Dienste.</p> <p>Wir unterstützen eine queersensible Versorgung und Schulungen im Gesundheitssystem.</p>	<p>Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025</p>	<p>Ich will interkulturelle Gesundheitsangebote ausbauen, mehr mehrsprachige Beratung ermöglichen und den Zugang zu medizinischer Versorgung erleichtern. Wichtig ist mir auch, strukturelle Diskriminierung im Gesundheitswesen abzubauen und durch Sensibilisierungstrainings bei Fachpersonal zu verhindern.</p> <p>Ich werde mich für spezialisierte Beratungsstellen, niedrigschwellige Gesundheitsangebote und geschulte</p>	<p>Gesundheit darf nicht vom Aufenthaltsstatus oder Einkommen abhängen. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> die Einrichtung kommunaler Gesundheitskioske und mobiler Angebote in besonders benachteiligten Stadtteilen anonyme und kostenlose medizinische Hilfe für nicht versicherte Menschen – den AKS werden wir dauerhaft finanzieren und die Angebote ausbauen traumasensible Versorgung, die rassismuskri- 	<p>Volt unterstützt Schulungen und Workshops zur Sensibilisierung, Meldestellen und Beratung zur Unterstützung im Falle von Diskriminierung. Auch kommunikative Maßnahmen können zur Sensibilisierung beitragen, hierbei ist allerdings darauf zu achten, dass nicht ausschließlich im negativen Kontext zu diskriminierten Personengruppen kommuniziert wird, da dies zur Verhärtung von Vorurteilen führen kann.</p>

		<p>Fachkräfte einsetzen. Queere Menschen müssen ohne Angst vor Diskriminierung Zugang zu passgenauer Versorgung und sozialer Unterstützung erhalten.</p>	<p>tisch und mehrsprachig arbeitet</p> <ul style="list-style-type: none"> • gezielte Förderung migrantischer Selbstorganisationen im Gesundheitsbereich <p>Queere Personen erleben häufig Diskriminierung im Gesundheitssystem. Deshalb fordern wir:</p> <ul style="list-style-type: none"> • queersensible Fortbildungen für medizinisches Personal • den Ausbau von Angeboten zu mentaler Gesundheit, Transition, Sexualität und Schutz vor Gewalt • eine kommunale Strategie für queere Gesundheit, entwickelt gemeinsam mit queeren Fachstellen und Gruppen in Bonn 	<p>Volt setzt sich für queersensible Versorgungsangebote und Awareness-Schulungen im Gesundheitsbereich ein.</p>
--	--	--	---	--

7. Wirtschaft

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Anteil von Frauen und queeren Personen unter den Gründerinnen zu erhöhen?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir fördern gezielt queere Gründungszentren, Mentoring-Programme und Finanzierungszugänge.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Ich setze mich für gezielte Förderprogramme, Mentoring und Netzwerke ein, die speziell Frauen und queere Gründer*innen unterstützen.	Gründung ist nicht geschlechtsneutral, sie ist oft männlich dominiert, kapitalintensiv und wenig vereinbar mit Care-Arbeit. Wir setzen uns für die paritätische Vergabe von Wirtschaftsfördermitteln ein – mit Bonuspunkten für sozial, ökologisch und gendergerecht aufgestellte Initiativen.	Grundsätzlich wollen wir Gründer*innen unterstützen, insbesondere durch die Finanzierung des Kompetenzzentrums Frauen & Beruf Bonn-Rhein-Sieg und BonnProfits, was als Fokus die Unterstützung von Gründerinnen hat.
Welche Angebote plant Ihre Partei für Erwerbslose mit Betreuungs- und Pflegeverantwortung? Wie soll die Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungs-, Sorge-, Freundschafts- und Gesellschaftsarbeit besser unterstützt werden?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir setzen uns für Qualifizierungsangebote mit Kinderbetreuung, flexible Teilzeitmodelle und familienfreundliche Jobvermittlung ein. Durch bessere Infrastruktur, flexible Arbeitszeiten, Homeoffice und rechtliche Förderung von Care-Arbeit.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Erwerbslose mit Sorgepflichten brauchen flexible Qualifizierungsangebote, die sich mit ihren Betreuungsaufgaben vereinbaren lassen – etwa Online-Kurse und Kinderbetreuung während Weiterbildungen. Außerdem sollen sie durch gezielte Jobcoachings und Beratungen bei der Wiedereingliederung unterstützt werden. Wir brauchen mehr flexible Arbeitszeiten, mobile und hybride Arbeitsformen sowie den Ausbau von Betreuungsangeboten, die auch Sorge-,	Erwerbslose FLINTA*-Personen mit Care-Verpflichtungen werden oft aus dem Arbeitsmarkt gedrängt oder vom Jobcenter unter Druck gesetzt. Unsere Forderungen: <ul style="list-style-type: none"> • Einführung Teilzeit-Qualifizierungsprogramme, die familienfreundlich sind und sich an den realen Lebenssituationen orientieren • Beratung durch traumasensible, gendersensible und rassismuskritische Fachkräfte im Jobcenter • Einsatz für kommunal 	Konkret für Bonn haben wir diesbezüglich noch keine konkreten Forderungen formuliert, sind aber offen im Austausch mit Betroffenen neue Initiativen zu entwerfen. <p>Dies ist eine sehr allgemeine Frage, die durch viele verschiedene Bereiche beeinflusst wird. Zum Teil finden sich hier die Positionen generell von Volt schon in anderen Fragen beantwortet. Zentral sind natürlich von Kita-Betreuung</p>

	<p>Freundschafts- und Gesellschaftsarbeit berücksichtigen.</p>	<p>lisierte Arbeitsvermittlung (Jobcenter in kommunaler Trägerschaft), um eine sozialistische Unterstützungs-kultur zu etablieren</p> <ul style="list-style-type: none"> • gezielte Programme für alleinerziehende und migrantische FLINTA, die gleichzeitig betreuen, arbeiten und leben müssen <p>Vereinbarkeit ist mehr als Kita und Gleitzeit – sie ist eine Frage von Zeitpolitik, Infrastruktur und gerechter Arbeitsteilung. Wir setzen uns ein für:</p> <ul style="list-style-type: none"> • flächendeckende, kostenlose und bedarfsorientierte Kinderbetreuung, auch in Randzeiten • stärkere Förderung von Sorgearbeit in der Kommune - z. B. durch lokale Sorgezentren, Freiräume und Ehrenamtsstrukturen • den Ausbau von betrieblichen und städtischen Arbeitszeit-modellen, die nicht auf Präsenzkultur basieren • eine sichtbare Aufwertung von Care-Arbeit in städtischer Öffentlichkeit-sarbeit, Wirtschaftsförder-ung und Arbeitsmarkt-politik • langfristig: eine Gesell-schaft, in der Menschen 		<p>über gute Schulbildung bis hin zu guter Gesundheits-versorgung und einem Leben in Respekt und Würde alle Politik- und Lebensbereiche betroffen. Volt versucht dort, wo wir gewählt werden, eine gute Vereinbarkeit aller Interessen von Betroffenen herzustellen und entsprechende Politik zu unterstützen.</p>
--	--	---	--	--

			nicht mehr ihre Sorgearbeit um den Job herum organisieren müssen, sondern umgekehrt	
--	--	--	---	--

8. Kultur

Wird sich Ihre Partei verstärkt für die Förderung von weiblichen und queeren Kulturschaffenden und ihrer Werke einsetzen? Wenn ja, wie?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir fördern gezielt Projekte von FLINTA*-Kulturschaffenden und queeren Initiativen.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Ich will, dass weibliche und queere Kulturschaffende mehr Sichtbarkeit erlangen. Die Stadt Bonn soll als kreativer Ort der Vielfalt mit einem breiten, diskriminierungsfreien Kulturangebot erkennbar sein.	Ja – für Die Linke Bonn ist Kultur nicht neutral, sondern spiegelt Machtverhältnisse wider. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte Umverteilung städtischer Fördermittel zugunsten von FLINTA- und queeren Künstlerinnen** ein. Unsere konkreten Maßnahmen: <ul style="list-style-type: none"> • 50 % FLINTA-Quote in allen städtischen Kulturjurys, Beiräten und Auswahlgremien • Erhöhte Chancen für leitende Positionen im städtischen Kulturbetrieb • Förderung von queeren und feministischen Formaten in der freien Szene, z. B. Theater, Musik, Stadtteilarbeit, queerer Film Kunst und Kultur müssen auch unterrepräsentierten Stimmen Raum geben – nicht nur auf Antrag, sondern durch strukturelle Veränderung der Förderpraxis.	Volt Bonn betont die Notwendigkeit, geschlechtergerechte Vergabepraxis bei öffentlicher Kunst zu verankern. Das Frauenmuseum Bonn und das Haus der Frauengeschichte sollen langfristig unterstützt werden.

Plant Ihre Partei, das Bonner Frauenmuseum und das Bonner Haus der Frauengeschichte nachhaltig finanziell abzusichern?				
Wir setzen uns für langfristige institutionelle Förderung beider Einrichtungen ein.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Ich setze mich dafür ein, dass beide Einrichtungen dauerhaft und verlässlich finanziell unterstützt werden, damit sie ihre wichtige Bildungs- und Kulturarbeit fortführen können.	Das Frauenmuseum ist ein bundesweit einzigartiger Ort feministischer Kultur und Erinnerung, der weiterhin auch von der Stadt gesichert werden muss. Der Förderung weiterer feministischer Organisationen bzw. Institutionen stehen wir offen gegenüber, denn Projektmittel allein reichen nicht aus. Wir setzen uns zudem für eine bessere Sichtbarkeit solcher Orte in der Bonner Tourismus- und Bildungspolitik ein.	Ja.

9. Internationales

Wie plant Ihre Partei sich dafür einzusetzen, dass die Städtepartnerschaftsdelegationen die Diversität der Stadtgesellschaft ausdrücken und dass gezielt Austauschveranstaltungen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit stattfinden?				
Bündnis 90/Die Grünen	CDU	SPD	Die Linke	Volt
Wir setzen uns für diverse Delegationen, Austausche zu Gleichstellung und queere Partnerschaftsarbeit ein.	Keine diesbezüglichen Aussagen in dem Schreiben vom 2.Juli 2025	Ich werde mich dafür einsetzen, dass bei Delegationen Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit verbindliche Kriterien sind.	<p>Städtepartnerschaften sind wichtige Räume internationaler Zusammenarbeit, aber oft wenig divers besetzt. Wir setzen uns dafür ein, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Städtepartnerschaftsdelegationen sollten, wie alle Gremien, geschlechterparitätisch und vielfältig besetzt werden, z. B. mit FLINTA*-Personen, Menschen mit Migrationsgeschichte und queeren Personen • geschlechterpolitische Themen explizit Teil der Austauschprogramme werden, etwa durch queere Jugendbegegnungen, feministische Kulturprojekte oder Workshops mit Partner*innen • die Städtepartnerschaften genutzt werden, um intersektionale feministische Perspektiven zu stärken – nicht nur in Bonn, sondern auch in den Partnerstädten 	Die Delegationen der Städtepartnerschaften werden vor allem durch die entsprechenden Vereine zusammengestellt. Hier kann die Politik die Anregung geben, die Delegationen diverser zusammenzustellen. Volt möchte jährlich eine Austauschkonferenz der Partnerstädte auf der Ebene der Stadt organisieren. Hier kann z.B. ein Thema zur Geschlechtergerechtigkeit im Vordergrund stehen.